



PRESSEMITTEILUNG

Wohnungslose und Ausgegrenzte mitnehmen und nicht zurücklassen Wohnungslosenhilfe: Keine Modernisierung des Sozialstaats auf Kosten der Ärmsten

Fulda. 400 Teilnehmer haben sich in Fulda zur Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) versammelt. Nach Schätzung der BAG W für das Jahr 2002 gibt es ca. 410.000 wohnungslose Menschen, davon 180.000 Personen in Mehrpersonenhaushalten und 150.000 alleinstehende Wohnungslose sowie 80.000 Aussiedler in Übergangsunterkünften. Damit verringerte sich die Zahl der Wohnungslosen in Ein- und Mehrpersonenhaushalten **ohne Aussiedler** in Übergangsunterkünften von 390.000 im Jahr 2000 um ca. 16% auf ca. 330.000 im Jahr 2002.

Die BAG W, die Dachorganisation der Wohnungslosenhilfe in Deutschland, wendet sich gegen den Versuch, die gegenwärtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise in Folge von Globalisierung und weltweiter Rezession ausschließlich zu einer Krise des Sozialstaates zu deklarieren. Die nach dieser Logik notwendige Modernisierung des Sozialstaates führt, so die Befürchtung der BAG W, zu einer Modernisierung der sozialen Ausgrenzung und nicht zur Integration ausgegrenzter, oftmals wohnungsloser Bürgerinnen und Bürger.

Strukturelle Massenarbeitslosigkeit, Dequalifizierung, Zwangsmobilität sind aktuelle Herausforderungen für den Sozialstaat. Zu den Herausforderungen gehören auch die gesundheitlichen und psychosozialen Folgen für die Frauen und Männer, die diesem Wettlauf der Leistungsfähigkeit nicht gewachsen sind. Es wächst die Zahl derer, die sich in dieser Konkurrenz nicht behaupten können, die oft einfach nicht gebraucht werden.

„Die BAG Wohnungslosenhilfe setzt sich dafür ein, dass die Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde Ausgangspunkt und Grundlage aller Anstrengungen zur Überwindung sozialer Ausgrenzung, Armut und Wohnungslosigkeit sind. Deswegen fordern wir eine existenzsichernde soziale Grundsicherung, als wesentliche Voraussetzung zur Verhinderung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Wir wenden uns gegen Bestrebungen, das Bedarfsdeckungsprinzip der Sozialhilfe in Frage zu stellen. Wir fordern das Recht auf Teilhabe am Arbeitsleben auch für Benachteiligte“, erklärte Renate Walter-Hamann, Vorsitzende der BAG W, in Fulda.

Es geht um soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Gefordert ist von der Gesellschaft Solidarität mit denen, die in der Leistungsgesellschaft auf der Strecke zu bleiben drohen - unabhängig von der Marktfähigkeit des Einzelnen.

Von der Politik fordern wir konkret:

Sozialhilfe und Sozialpolitik – keine Sozialhilfegewährung durch die Bundesanstalt für Arbeit

Die bisher bekannt gewordenen Reformvorschläge zur Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sind einseitig und ungerecht und können in letzter Konsequenz zu einer weiteren Aushöhlung der Grundprinzipien der Sozialhilfe führen: des Bedarfsdeckungsgrundsatzes und des Individualitätsprinzips. Wir fordern, dass die Sozialhilfe zu einer eigenständigen bedarfsdeckenden Grundsicherung weiterentwickelt wird.

Renate Walter-Hamann: „Die BAG W unterstützt eine bessere Verzahnung zwischen Arbeitshilfen und Sozialhilfe, aber die sozialen Integrationsleistungen dürfen nicht allein vom Status der Erwerbsfähigkeit abhängig gemacht werden. Ein großer Teil der wohnungslosen Frauen und Männer würde damit von einer fördernden und aktivierenden Hilfe ausgeschlossen. Deswegen lehnen wir die Übertragung der Sozialhilfegewährung – in welcher zukünftigen Form auch immer - in die Zuständigkeit der Bundesanstalt für Arbeit entschieden ab!“

Teilhabe am Leben in der Arbeitswelt – bewährte Hilfen für Wohnungslose erhalten

Da die Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit wichtige Gründe auch für den Verlust der eigenen Wohnung sind, ist es notwendig und richtig, die Vermittlung und Förderung in den



PRESSEMITTEILUNG

55 Arbeitsmarkt zu einer zentralen Aufgabe der Sozialhilfe- und Arbeitsförderungs politik zu
erklären. Jedoch dürfen dabei bewährte Hilfen für Wohnungslose und sozial Ausgegrenzte,
beispielsweise Beschäftigungsgesellschaften und Arbeitsprojekte, nicht gefährdet werden.
Heinrich Holtmannspötter, Geschäftsführer der BAG W, stellte fest: „Die Bundesregierung muss
60 sicherstellen, dass die besonders schwer vermittelbaren wohnungslosen Arbeitslosen im
Rahmen der Reform der Arbeitsvermittlung mit besonderen Förderprogrammen und
subventionierten Arbeits- und Beschäftigungsangeboten versorgt werden. Arbeit als zentraler
Faktor zur Überwindung sozialer Ausgrenzung und Armut muss auch denen ermöglicht werden,
deren Arbeitsbereitschaft und Beschäftigungssuche am ersten Arbeitsmarkt nicht gefragt sind.“

65 **Wohnungsversorgung und Wohnungspolitik – Ausgegrenzte zielgenauer erreichen**
Die BAG Wohnungslosenhilfe fordert die Bundesregierung auf, umgehend eine
Gesetzesinitiative zur Einführung einer bundesweiten Wohnungslosenstatistik vorzulegen.
Die Politik muss endlich ihre Verantwortung für ein jährliches umfassendes statistisches Bild der
Wohnungslosigkeit wahrnehmen, so wie es in anderen Bereichen längst selbstverständlich ist.
70 Dabei sollten nach Ansicht der BAG W die Daten der von Wohnungsverlust bedrohten
Haushalte unbedingt bei der Erhebung berücksichtigt werden, um den jährlichen
Präventionsbedarf abzuschätzen.

Der soziale Wohnungsbau ist mit nur ca. 14.000 geförderten Sozialmietwohnungen im Jahr
2001 auf einen neuen Tiefststand abgefallen. Zwar wurden darüber hinaus ca. 40.000
75 Wohneinheiten im Rahmen der sozialen Eigentumsförderung erstellt, aber diese spielen für die
Wohnungsversorgung der wohnungslosen Haushalte praktisch keine Rolle.

Heinrich Holtmannspötter: „Wir befürworten eine Neuausrichtung der Wohnungspolitik, die
zielgenauer die vom Wohnungsmarkt ausgegrenzten Gruppen erreicht, auf regional
unterschiedliche Entwicklungen eingehen kann und eine weitere soziale Segregation unserer
80 Städte verhindert.“

Gesundheitsversorgung – medizinische Hilfen nicht als Carepaket

Wohnungslose sind aufgrund vielfältiger Umstände von der regulären Gesundheits- und
Krankenversorgung ausgeschlossen, bzw. werden von den vorhandenen
85 Versorgungsstrukturen nur schwer erreicht.

Zielgruppenspezifische Angebote schließen diese Versorgungslücken und sichern eine
angemessene gesundheitliche Grundversorgung. Der Bedarf an entsprechend zugeschnittenen
Hilfen wurde in verschiedenen Untersuchungen festgestellt und differenziert.
Zur Sicherstellung einer diesen Bedarfen angemessenen medizinischen Versorgung
90 wohnungsloser Bürgerinnen und Bürger muss die ausreichende finanzielle und personelle
Ausstattung der Angebote gewährleistet werden. Dies sehen wir als eine Verantwortung der
Gesundheitspolitik, der Krankenkassen und Ärzteverbände.

Soziale Dienste zur Überwindung sozialer Ausgrenzung

95 Die sozialen Dienste für Wohnungslose müssen ins. in den östlichen Bundesländern mit
Nachdruck von Kommunen und freien Trägern aufgebaut werden. Das System der sozialen
Dienste für Wohnungslose bedarf in Zukunft stärkerer Koordination und Vernetzung mit
anderen Hilfen der sozialen Arbeit, mit Hilfen zur Wohnungsversorgung und Hilfen zur
Integration in den Arbeitsmarkt. Hierzu ist es erforderlich, Versorgungsregionen zu bestimmen,
100 Sozialplanung zu fördern und die lokalen Anbieter vor Ort vermehrt an einen runden Tisch zu
holen.

Die Bundesregierung sollte ein Aktionsprogramm zur regionalen Koordination der Hilfen und zur
Erprobung von stärkerer Hilfeplanung auflegen, das eng mit dem Programm „Soziale Stadt“
verzahnt wird.

105 „Leistungsfähige und finanziell abgesicherte soziale Dienste für Wohnungslose sind die Brücke
der Wohnungslosen zur sozialen Integration“, sagte der stellvertretende Geschäftsführer der
BAG W, Dr. Thomas Specht-Kittler.

110 **Jahresschätzung 2002: 410.000 Wohnungslose**



PRESSEMITTEILUNG

115 Trotz der großen Sorge über zunehmende Ausgrenzungstendenzen, gibt es auch Positives zu
vermelden: Die Gesamtzahl der Wohnungslosen (mit wohnungslosen Aussiedlern) hat sich in
den Jahren 2001-2002 weiter verringert. Für das Jahr 2002 schätzt die BAG W die Zahl der
Wohnungslosen auf 410.000. Damit hat sich die Gesamtzahl der Wohnungslosen nach
Einschätzung der BAG W gegenüber dem Jahr 2000 um ca. 20 % reduziert.
Die Zahl der Wohnungslosen in Ein- und Mehrpersonenhaushalten **ohne Aussiedler** in
Übergangsunterkünften verringerte sich von 390.000 im Jahr 2000 um ca. 16% auf ca. 330.000
im Jahr 2002.
120 Die Zahl der wohnungslosen Einpersonenhaushalte sinkt dagegen nur um 11% von ca. 170.000
in 2000 auf ca. 150.000 in 2002. Vom Jahr 2001 auf das Jahr 2002 blieb die Zahl der
wohnungslosen Einpersonenhaushalte konstant. Dies ist ein erstes Zeichen für eine mögliche
Umkehr der Entwicklung in den kommenden Jahren. Da dieser Personenkreis zugleich auch
den überwiegenden Teil der Klientel der sozialen Dienste der Wohnungslosenhilfe bildet, ist
dies ein Beleg für die wieder zunehmenden Vermittlungsschwierigkeiten, von denen die Dienste
125 berichten.
Die Zahl der Aussiedler in Übergangsunterkünften beträgt 80.000. Der Rückgang der
Wohnungslosenzahlen ist auf den Abbau der Belegung in Übergangsunterkünften
zurückzuführen, aber auch auf die weiter stark rückläufigen Zuwanderungszahlen.
In Ostdeutschland sinkt die Zahl der Wohnungslosen von 50.000 im Jahr 2000 um ca. 15 % auf
130 43.000 im Jahr 2002. Für Westdeutschland schätzt die BAG 290.000 Wohnungslose (ohne
Aussiedler) für 2002 (2000: 340.000), ein Rückgang um ca. 15 %. Damit hat sich die
Entwicklung in Ost und West weiter angeglichen.

Rückgang auch ein Erfolg der Wohnungslosenhilfe und der Prävention

135 Dazu erklärte Renate Walter-Hamann: "Der anhaltende Rückgang der Wohnungslosenzahlen in
den westdeutschen Bundesländern bis 2002 ist ein Erfolg der Anstrengungen von Kommunen
und freien Trägern der Wohnungslosenhilfe bei der Verhinderung von Wohnungsverlusten." So
haben freie Träger in der Wohnungslosenhilfe in den letzten Jahren ihr ambulantes
Beratungsangebot ausgebaut und damit auch die Vermittlung in Wohnraum erleichtert.
140 Zahlreiche Kommunen konnten durch Mietschuldenübernahmen den Wohnungsverlust
verhindern.

Warnung für die kommenden Jahre

145 "Mit Blick auf die Zukunft muss wieder mit einem Anstieg der Wohnungslosigkeit gerechnet
werden", so Renate Walter-Hamann, "da in den kommenden Jahren der verfügbare
Sozialwohnungsbestand, auf den einkommensschwache Haushalte angewiesen sind, weiter
rückläufig sein wird."
Auch die Zahl der akut Wohnungslosen steigt seit 2002 insb. in einzelnen Großstädten wieder
deutlich an. Diese Entwicklung könnte sich 2003 auch in anderen Städten fortsetzen.
150 Angesichts der eingebrochenen Baukonjunktur und stark rückläufiger Fertigstellungszahlen
könnte sich in den nächsten Jahren – trotz regionaler Leerstände - wieder ein Wohnungsdefizit
geben.
Und bei wieder stark steigender Arbeitslosenzahlen ist bei den Wohnungslosenzahlen mit einer
Trendwende zu rechnen, zumal sich der rückläufige Trend insgesamt abgeschwächt hat.

9.500 Zeichen

Fulda, 23. Mai 2003

160 Bei Nach- und Rückfragen wenden Sie sich bitte an

165 Werena Rosenke, Presse und ÖA der BAG W
T. (01 71) 4 76 75 82